



Berlin, 19.05.2020

Gemeinsame Presseerklärung der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus

## **An jeder Berliner Schule gelten die Regeln von Kinder- & Jugendschutz!**

*Anlässlich der anhaltenden Behauptungen über die angebliche Existenzgefährdung der Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik erklären die bildungspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus **Maja Lasic, Regina Kittler und Marianne Burkert-Eulitz:***

Über soziale Medien und auch in einer Tageszeitung wird seit Wochen und mit zunehmender Intensität behauptet, dass die Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik in ihrer Existenz bedroht sei, es für Schüler\*innen keine Auftrittsmöglichkeiten an den Häusern der Stiftung Oper und mit dem Landesjugendballett mehr geben soll und die Abschlüsse in Gefahr seien.

Das ist nicht richtig. Es entsteht der Eindruck, dass die Verbreitung falscher Informationen darauf abzielt, die Verantwortung für ein System an der Schule zu verschleiern, das es zuließ, Schüler\*innen bis zur Erkrankung unter Druck zu setzen. Das missbilligen wir vollumfänglich. Auch führt das Verbreiten von falschen Informationen über die Zukunft der Ausbildung an der Schule den Druck und das Angstschüren bei den Betroffenen fort.

Ein Instrumentalisieren der Schüler\*innen, die ihren Traum, auf Bühnen zu tanzen oder ihre Kunst als Artist\*innen zu zeigen, mit einer Ausbildung an der Schule verwirklichen wollen muss umgehend unterbleiben!

Wir setzen uns dafür ein, dass die Betroffenen zu Wort kommen und niemand mundtot gemacht wird. Die Darstellung der eigenen Erlebnisse durch Schüler\*innen, Lehrkräfte, Trainer\*innen, Erzieher\*innen oder Eltern darf nicht als Denunziantentum abgetan werden. Ein Einsatz für die Einhaltung des Kinder- und Jugendschutzes und für eine demokratische Schulstruktur darf nicht durch Herabwürdigung untergraben werden. Aufrufe zum Widerstand gegen die Aufklärung der Vorwürfe und zur Teilnahme an diesbezüglichen Kundgebungen halten wir für unangebracht und hinsichtlich der vollkommenen Aufklärung auch für gefährlich.

Wir werden uns weiter an die Seite derer stellen, die sich für Kinder- und Jugendschutz, gegen Mobbing und für eine demokratische Schulstruktur einsetzen und die Betroffenen nicht im Stich lassen. Die Aufarbeitung der Vorwürfe begleiten wir weiterhin eng und mit dem Anspruch der vollkommenen Aufklärung.

Für Nachfragen:

Dr. Maja Lasić, MdA  
SPD-Fraktion  
Tel. 0176 232 99 015

Pressestelle  
Fraktion DIE LINKE  
Tel. 23 25 25 20

Pressestelle  
Grünen-Fraktion  
Tel. 23 25 24 50